



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 13. Juni 2021

Nein zum CO₂-Gesetz heisst nicht Nein zum Klimaschutz

Der Schweizerische Städteverband hat das Nein der Schweizer Stimmbevölkerung zum CO₂-Gesetz mit grosser Enttäuschung zur Kenntnis genommen. Das Votum heisst aber nicht Nein zum Klimaschutz: Nun muss der Bund die Klimapolitik der Städte anderweitig unterstützen, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Beim Trinkwasser fordert der Städteverband dringend eine verursachergerechte Finanzierung der Aufbereitung.

Der Städteverband hatte sich für ein Ja zum CO₂-Gesetz starkgemacht: Es hätte den Städten einen wichtigen gesetzlichen Rahmen gegeben und sie in den Bestrebungen gestärkt, auf lokaler Ebene Massnahmen gegen den Klimawandel voranzutreiben. Das heutige Nein heisst aber nicht, dass auf Klimaschutz verzichtet werden kann. Nun muss der Bund andere Wege finden, um die städtische Klimapolitik zu unterstützen wie beispielsweise bei der Förderung der erneuerbaren Energien. Die erste Gelegenheit dazu bietet sich dem Bundesrat bei der Botschaft für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbarer Energien, die in Kürze zu erwarten ist. Hier erwartet der Städteverband, dass der Bund sein Engagement intensiviert und ebenfalls Mittel für Fernwärme- und Biogas-Anlagen oder für den Ausbau der Ladestationen für die E-Mobilität zur Verfügung stellt.

Für die Städte ist eine Reduktion der CO₂-Emissionen unabhängig des Abstimmungsergebnisses von zentraler Bedeutung. Denn sie sind von den Konsequenzen des Klimawandels direkt betroffen. In den Städten sind die Folgen der zunehmenden Hitzewellen besonders ausgeprägt, und dort ist auch die Empfindlichkeit gegenüber Extremereignissen wie Starkregen oder Hochwasser besonders gross. Für den Städteverband ist es deshalb ein grosses Anliegen, dass die CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 halbiert werden.

Sauberes Trinkwasser: Eingeschlagenen Weg weitergehen

Der Städteverband nimmt das «Nein» zur Trinkwasserinitiative zur Kenntnis. Die Problematik des belasteten Grundwassers bleibt mit diesem Votum bestehen: Da die Kantone die Trinkwasseraufbereitung häufig auf Gemeindeebene delegieren, sind die Städte direkt betroffen, vor allem auch finanziell. Das Parlament hat das Problem an sich erkannt und zwei Vorstösse gutgeheissen: Der Pestizidgehalt soll bis 2027 halbiert werden, und der Trinkwasser-Zuströmbereich besser vor Verunreinigungen geschützt werden. Diese Themen, vor allem aber auch eine verursachergerechte Finanzierung der Trinkwasseraufbereitung ([siehe Motion Fluri 20.3052](#)) müssen jetzt rasch angegangen werden. Der Städteverband hatte für die Trinkwasserinitiative Stimmfreigabe beschlossen.

Weitere Informationen:

Renate Amstutz, Direktorin Schweizerischer Städteverband: 079 373 52 18

Sami Kanaan, Stadtpräsident Genf, Vizepräsident Schweiz. Städteverband: 079 204 30 12



Hintergrundinformationen zum Schweizerischen Städteverband

Der Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.